



Beschlussvorlage ZVS

BV 1/25

3. Zweckverbandsversammlung, 20. Februar 2025

TOP 3

Geschäftsordnung der Verbandsversammlung sowie des Verbandsvorstehers des Zweckverbands Bioabfallverwertung Schwanebeck

Gemäß §§ 4 Abs. 1, 7 und 15 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32], S.2), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S.77)), § 3 Absatz 4 Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl. I Nr. 5, S. 40) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S., ber. [Nr. 40]) sowie dem Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden und durch Zweckvereinbarungen vom 8. April 1997 (GVBl. I Nr. 10), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbands Bioabfallverwertung Schwanebeck am folgende Erstfassung der Geschäftsordnung beschlossen:

§ 1

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher beauftragt für die Erfüllung der laufenden Geschäfte, die Geschäftsführung der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH und bis zu deren Gründung die Geschäftsführung der Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbh und ist ihr gegenüber bezüglich der Belange des Zweckverbandes weisungsbefugt.

§ 2

Tagesordnung der Verbandsversammlung

Vorschläge eines Verbandsmitgliedes sind in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen, wenn sie mindestens bis zum Ablauf des 3. Tages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 1 Abs. 1 S. 4 dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung vorgelegt worden sind. Bei Überschreitung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung aufzunehmen.

§ 3

Öffentlichkeit

(1)

An den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung können Zuhörer im Rahmen der vorhandenen Plätze teilnehmen.



(2)

Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern, insbesondere jedoch bei:

- a) Grundstücksangelegenheiten,
- b) Personalangelegenheiten,
- c) Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Leistungen,
- d) Erlass von Forderungen sowie Angelegenheiten, die dem Steuergeheimnis oder dem Bankgeheimnis unterliegen,
- e) sonstigen Angelegenheiten, insbesondere bei Verträgen und Verhandlungen mit Dritten.

§ 4

Anfragen an die Verbandsversammlung

(1)

Jeder, der im Verbandsgebiet wohnt, kann sich mit Fragen, Anregungen und Hinweisen schriftlich an die Verbandsversammlung wenden. Zulässig sind sachliche Fragen, Anregungen und Hinweise im Zusammenhang mit der Tagesordnung und anderen Zweckverbandsangelegenheiten. Zu Tagesordnungspunkten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, sind Fragen nicht zulässig.

(2)

Fragen, Anregungen und Hinweise sollen mindestens 6 Werktage vor der Sitzung der Verbandsversammlung, in der Sie beantwortet werden sollen, schriftlich oder zur Niederschrift beim Verbandsvorsteher eingereicht werden. Sie müssen kurzgehalten und sachlich sein.

(3)

Die Fragen werden vom Verbandsvorsteher oder vom Geschäftsführer des Zweckverbandes im öffentlichen Teil der Sitzung der Verbandsversammlung beantwortet. Ist eine Antwort in der Sitzung nicht möglich, ist sie spätestens in der nächsten öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung zu erteilen, sofern sie zwischenzeitlich nicht schriftlich erfolgt ist.

§ 5

Anfragen der Vertreter der Mitglieder in der Verbandsversammlung

Anfragen der Vertreter der Mitglieder in der Verbandsversammlung an den Verbandsvorsteher, die in der Sitzung der Verbandsversammlung beantwortet werden sollen, sollen in der Regel kurz und sachlich abgefasst sein. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten, sofern dies zwischenzeitlich nicht schriftlich erfolgt ist.

§ 6

Sitzungsablauf

(1)

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Verbandsversammlung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus (§ 37 Abs. 1 BbgK-Verf.). Im Falle seiner Verhinderung tritt sein Vertreter an seine Stelle.



(2)

Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

I) Öffentlicher Teil

- a) Eröffnung der Sitzung
- b) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- c) Feststellung der Tagesordnung
- d) Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung
- e) Protokollkontrolle
- f) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung
- g) Bericht des Verbandsvorstehers
- h) Anfragen von Vertretern der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung
- i) ggf. Einwohnerfragestunde

II) Nichtöffentlicher Teil

- j) Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der letzten Sitzung
- k) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- l) Schließung der Sitzung.

§ 7

Beschlussfassung

(1)

Die Behandlung eines Tagesordnungspunktes endet mit der Entscheidung über den Beschlussvorschlag. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden. Der Beschluss beinhaltet die:

- a) Entscheidung in der Sache (Annahme oder Ablehnung des Beschlussvorschlages),
- b) Kenntnisnahme der Angelegenheit,
- c) Vertagung zur erneuten Beratung.

(2)

Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen. Ein Antrag auf Entscheidung in der Sache geht einem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag auf Abschluss der Rednerliste stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen. Wird der Schluss der Debatte beschlossen, wird zur sofortigen Abstimmung in der Sache geschritten.

§ 8

Redeordnung

(1)

Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.



(2)

Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird.

(3)

Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung ist vor dem nächsten Redner zur Sache zu berücksichtigen. Sie darf sich nur auf die Behandlung des in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Zu Anträgen zur Geschäftsordnung erhält ein Redner die Gelegenheit zur Gegenrede. Eine Debatte zur Geschäftsordnung findet nicht statt. Spricht niemand gegen einen Antrag zur Geschäftsordnung, wird wie beantragt verfahren. Ein Antrag auf Schluss der Debatte darf von einem Redner, der bereits zur Sache gesprochen hat, nicht gestellt werden.

(4)

Dem Verbandsvorsteher des Zweckverbandes ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.

§ 9

Vorsitz der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Stellvertretung. Ist die gewählte Stellvertretung vorzeitig ausgeschieden oder sind im Falle der Verhinderung der oder des Vorsitzenden auch die Stellvertretung verhindert, hat die Verbandsversammlung unverzüglich eine oder mehrere Stellvertretungen neu oder für die Dauer der Verhinderung zusätzlich zu wählen. Bis zu dieser Wahl nimmt das an Lebensjahren älteste, nicht verhinderte Mitglied der Verbandsversammlung die Aufgaben der oder des Vorsitzenden wahr.

§ 10

Sitzungsleitung

(1)

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.

(2)

Ist ein Vertreter der Verbandsmitglieder in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so muss ihm der Vorsitzende das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.

(3)

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung kann Mitglieder, die die Ordnung in der Sitzung stören, zur Ordnung rufen.

(4)

Ist ein Vertreter der Verbandsmitglieder in einer Sitzung der Verbandsversammlung dreimal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.



§ 11
Abstimmungen

(1) Die Stimmen der einzelnen Verbandsmitglieder können nur einheitlich abgegeben werden. Stimmführer sind die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder bzw. deren entsandten Vertretungspersonen für den Zweckverband.

(2)

Es wird offen durch Handzeichen der Stimmführer abgestimmt. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Verbandsversammlung die Anzahl der Stimmen fest, die:

- a) dem Antrag zustimmen,
- b) den Antrag ablehnen,
- c) sich der Stimme enthalten.

(3)

Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

(4)

Die Verbandsversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei der Feststellung der Mehrheit bleiben Stimmenthaltungen unberücksichtigt.

(5)

Liegen zu einem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird über den weitestgehenden zuerst abgestimmt. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat derjenige den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Verbandsversammlung.

(6)

Auf Antrag ist über einzelne Teile einer Vorlage bzw. eines Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist danach insgesamt zu beschließen.

(7)

Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.

§ 12
Wahlen (§ 40 BbgKVerf)

(1) Für Wahlen gilt § 10 Absatz 1 entsprechend. Die Verbandsversammlung kann beschließen, eine Wahl offen durchzuführen. Auf Antrag eines Mitgliedes der Verbandsversammlung muss die Wahl verdeckt durchgeführt werden.

(2)

Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel zu falten.



(3)

Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.

(4)

Bei einer verdeckten Wahl hat die Stimmabgabe so zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist.

(5)

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung gibt das festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt. Gewählt ist, wer die nach § 40 BbgKVerf erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht hat.

§ 13

Niederschriften (§ 42 BbgKVerf)

(1)

Der Verbandsvorsitzende des Zweckverbands ist für die Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.

(2)

Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:

- a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung
- b) Namen der anwesenden und fehlenden Vertreter der Mitgliedsgemeinden
- c) Namen der teilnehmenden Vertreter der Zweckverbandsverwaltung und anderer zugelassener Personen
- d) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
- e) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- f) Tagesordnung
- g) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, dem wesentlichen Inhalt der Beratung, die Beschlüsse
- h) und Ergebnisse der Abstimmungen
- i) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit

(3)

Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.

(4)

Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es gestimmt hat. Dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe. Tonaufzeichnungen zur Erleichterung der Niederschrift sind zulässig.

(5)

Die Niederschrift ist vom Protokollführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Über Einwendungen gegen die Niederschrift entscheidet die Verbandsversammlung in der folgenden Sitzung. Zur Prü-



fung der Erforderlichkeit von Einwendungen gegen die Niederschrift kann jedes Mitglied der Gemeindevertretung auf die Tonaufzeichnungen der betreffenden Sitzung zugreifen. Nachdem die Niederschrift vorgelegen hat und über etwaige Einwendungen gegen die Niederschrift entschieden wurde, ist die Tonaufzeichnung zu der betreffenden Sitzung zu löschen.

(6)

Die Sitzungsniederschrift ist innerhalb von drei Wochen den Vertretern der Verbandsmitglieder zuzuleiten; in begründeten Ausnahmefällen kann sie mit der Ladung zur nächsten Sitzung übersandt werden. Insbesondere, wenn diese zeitnah zur Übersendungsfrist stattfindet.

(7)

Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas Anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Verbandsversammlung unterrichtet. Dies erfolgt durch einen zusammenfassenden Bericht, der an der für Satzungen des Zweckverbandes durch die Verbandssatzung vorgesehenen Stelle bekannt zu machen ist.

§ 14 In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.

Schwanebeck, den

Verbandsvorsteher